



Petra Merkel, MdB

Newsletter * Newsletter *** Newsletter**

Ausgabe: 02/2007

Aus dem Bundestag

FÖDERALISMUSKOMMISSION

Nachdem sich die Kommission Anfang März konstituiert hatte, fand am 29. März die zweite Sitzung statt, in der die Finanzthemen anberaten wurden. Wir haben nun einen Fragenkatalog erarbeitet, der als Grundlage einer öffentlichen Expertenanhörung am 22. Juni 2007 dienen wird. Die 16 Sachverständigen sind bestellt und werden vorab den 229 Fragen umfassenden Katalog zu Finanzthemen schriftlich beantworten.

REFORM DER UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

Am 30. März wurde in 1. Lesung der Gesetzentwurf zur Reform der Unternehmensbesteuerung eingebracht. Ein Thema, das viel diskutiert wurde und wird. Deutschland soll ein Unternehmensteuerrecht bekommen, das international wettbewerbsfähig ist und die Unternehmen animiert, Gewinne nicht länger ins Ausland zu transferieren, sondern in Deutschland zu investieren. Insgesamt soll es den Standort Deutschland und seine Arbeitsplätze stärken.

Die Unternehmensbesteuerung in Deutschland ist reformbedürftig. Denn trotz hoher



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Steuersätze auf dem Papier, fließt bislang nur ein eher mäßiges Steueraufkommen aus den Unternehmensgewinnen in die Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden. Wirtschaftsforscher schätzen, dass jährlich Unternehmensgewinne im Umfang von bis zu 100 Milliarden Euro ins Ausland transferiert oder durch Steuergestaltungen der deutschen Besteuerung entzogen werden.

Finanzminister Peer Steinbrück argumentiert, dass das Ziel der Unternehmensteuerreform gerade nicht sein soll, in Zukunft weniger Steuern von den Unternehmen einzunehmen – im Gegenteil: Das Aufkommen der für die Kapitalgesellschaften relevanten Körperschaft- und Gewerbesteuer soll von rd. 58,5 Milliarden Euro in diesem Jahr – also vor der Reform - nach einem kurzfristigen Rückgang im ersten Reformjahr 2008, auf schließlich knapp 75 Milliarden Euro im Jahr 2012 steigen. Für mich stellt sich allerdings die Frage, ob das Aufkommen dauerhaft über den derzeitigen Einnahmen liegt und mir ist wichtig, dass die 5 Mrd. keine dauerhafte Steuererleichterung für die Unternehmen sind.

Auch muss das Hauptziel der Unternehmenssteuerreform - Schließung von Steuerschlupflöchern, Schluss mit der Gewinnverlagerung, Förderung der Reinvestition von Erträgen, Stabilisierung und Ausbau der Steuereinnahmen bei den Kommunen, den Ländern und dem Bund – konsequent angegangen und umgesetzt werden.

Meiner Meinung nach muss die Unternehmenssteuerreform auch im Zusammenhang mit anderen Reformprojekten der Koalition diskutiert und verhandelt werden. Die Reform der Erbschaftssteuer – verbunden mit Einnahmeverbesserungen – und die Einführung existenzsichernder Mindestlöhne sind wichtige Ziele von uns aus dem SPD-Wahlmanifest. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens zur Unternehmenssteuerreform muss man auch bei Erbschaftssteuer und Mindestlöhnen zu konkreten und verbindlichen Vereinbarungen mit der Union kommen.

Die Berliner Landesgruppe der SPD-Fraktion wird zu diesem Themenbereich Veranstaltungen anbieten und Sie gern dazu einladen.

Finanzkraft der Städte und Gemeinden stärken

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste eigene Einnahmequelle der Städte und Gemeinden in Deutschland. In den Verhandlungen ist es gelungen, die Gewerbesteuer als eine



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

wesentliche Steuereinnahmequelle nicht nur zu erhalten, sondern auch noch zu stärken. Nach Berechnungen der Bundesregierung wird ihr Aufkommen von gut 37 Milliarden Euro in diesem Jahr auf fast 50 Milliarden Euro im Jahr 2012 ansteigen. Gleichzeitig sorgen zusätzliche gewinnunabhängige Elemente bei der Berechnung der Gewerbesteuer dafür, dass sie im Konjunkturverlauf weniger stark schwankt. Das bedeutet, dass in Zukunft mehr und stetigere kommunale Investitionen möglich sind, z. B. in öffentliche Schulgebäude oder eine moderne Verkehrsinfrastruktur – ein großer Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger sowie die lokale Wirtschaft! Zusätzlich wird die Gewerbesteuerumlage, die die Städte und Gemeinden an den Bund und die Länder abführen müssen, gesenkt. Das heißt: Vom gesamten Gewerbesteueraufkommen bleibt in Zukunft ein noch größerer Anteil in den kommunalen Kassen.

Gewinnverlagerung ins Ausland bekämpfen

Die hohen Steuersätze für Kapitalgesellschaften in Deutschland bieten international verflochtenen Unternehmen derzeit einen starken Anreiz, hierzulande erzielte Gewinne ins Ausland zu verlagern. Dies geschieht, indem in Deutschland künstliche Kosten in Form von Zinszahlungen, Lizenzgebühren oder überhöhte Preise für die Leistungen ausländischer Konzernteile ausgewiesen werden. Durch die Senkung der Steuersätze und gezielte Maßnahmen gegen solche Gewinnverlagerungen wird die Reform dafür sorgen, dass sich diese Gerechtigkeitslücke zwischen den in Deutschland erzielten und den hier tatsächlichen versteuerten Gewinnen nach und nach verkleinert. So ist es nicht selten, dass beispielsweise für die Nutzung eines Firmennamens dem im Ausland sitzenden Mutterunternehmen pro Jahr eine Summe in Höhe der in Deutschland angefallenen Gewinne überwiesen werden und damit der Besteuerung in Deutschland entzogen werden.

Steuerschulplücker schließen

Mit der Reform sollen weitere Schlußplücker geschlossen, mit denen sich Unternehmen für die Steuer arm rechnen konnten. Die Möglichkeiten durch spezielle Wertpapiergeschäfte Steuern zu sparen, werden ebenso beschnitten wie die Möglichkeit, allein aus steuerlichen Gründen insolvente Unternehmen aufzukaufen. Insgesamt rechnet das Finanzministerium mit dauerhaften Mehreinnahmen von über 2,5 Milliarden Euro.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Investitionskraft des Mittelstands stärken

Der weitaus größte Teil der Unternehmen in Deutschland sind sog. Einzel- bzw. Personengesellschaften. Ihre Gewinne unterliegen allein der Einkommensteuer. Das bedeutet, dass ihre Inhaber bereits stark von den Steuersenkungen der Jahre 2001 bis 2005 profitiert haben. Für sie sind keine weiteren allgemeinen Entlastungen mehr geplant. Dennoch stärkt die Unternehmensteuerreform gezielt die Investitionskraft sowohl der kleinen wie auch der großen Personengesellschaften, indem die Ansammlung von Unternehmensgewinnen für Investitionszwecke steuerlich begünstigt wird.

Spekulationsgewinne erfassen

Ein Jahr später als die übrigen Maßnahmen der Unternehmensteuerreform, also im Jahre 2009, soll eine einheitliche Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf alle Kapitaleinkünfte eingeführt werden. Erstmals werden damit auch alle Spekulationsgewinne außerhalb der bisherigen Einjahresfrist steuerlich erfasst. Das bisherige sog. Halbeinkünfteverfahren bei der Besteuerung von Dividenden entfällt, so dass sich die Steuerlast für einkommensstarke Dividendenbezieher sogar leicht erhöht. Für Kleinanleger mit einem persönlichen Steuersatz von unter 25 Prozent haben wir vorgesorgt – sie können ihre Kapitaleinkünfte wie bisher in die jährliche Steuererklärung aufnehmen und dann zum niedrigeren persönlichen Satz versteuern. Das ist in der Diskussion immer noch umstritten, denn es gibt Anleger, die nach diesem Modell künftig erheblich weniger Steuern zahlen.

HOCHSCHULPAKT ERFOLGREICH UMSETZEN

Der Deutsche Bundestag hat am 29. März die Beschlussempfehlung zum Koalitionsantrag „Den Hochschulpakt erfolgreich umsetzen“ beschlossen.

In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, auf eine erfolgreiche Umsetzung des Hochschulpaktes hinzuwirken. Im Juni 2007 solle ein endgültiger Abschluss zwischen Bund und Ländern über den Hochschulpakt 2020 erreicht werden. Für die angestrebten 90.000 zusätzlichen Studienanfänger solle eine angemessene Betreuung geschaffen werden. Die Regierung müsse darauf hinwirken, dass kontrolliert werde, ob der Pakt tatsächlich zu mehr Studenten und einem besseren Studium führe. Des Weiteren wird sie



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

aufgefordert gegenüber den Ländern darauf hinzuwirken, dass bei der Verwendung der Mittel Schwerpunkte in der Schaffung zusätzlicher Stellen gesetzt werden, z. B. durch vorgezogene Berufungen auf Lehrstühle, die Einrichtung weiterer Professuren, den Ausbau von Juniorprofessuren oder die Einführung neuer lehrbezogenener Personalkategorien wie z. B: „Lecturer“. Darüber hinaus soll der Ausbau der Hochschulen dafür genutzt werden, den Anteil der Frauen in Lehre und Forschung zu erhöhen. Gemeinsam mit den Ländern solle eine Kampagne für das Studium an Hochschulen in den neuen Ländern gestartet werden.

Die Länder sollten die Mittel des Bundes, die für den Hochschulbau vorgesehen sind, tatsächlich dafür verwenden und um eigenes Geld ergänzen, heißt es außerdem im Antrag. Des Weiteren sollten sie weitere Voraussetzungen für mehr Studenten schaffen, wie zum Beispiel mehr Wohnungen. Die Hochschulen sollten auf didaktisch qualifiziertes Lehrpersonal achten und Bewerbungsverfahren für Studenten möglichst transparent und schnell gestalten.

STÄRKUNG DER KÜNSTLERSOZIALVERSICHERUNG

Die soziale Sicherung der Künstlerinnen und Künstler wird gestärkt. Dies wurde am 22. März mit der Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes beschlossen. Aufgrund stark steigender Versichertenzahlen hat sich der Finanzbedarf der Künstlersozialkasse in den letzten Jahren wesentlich erhöht. Mit der Änderung des Gesetzes wird die Künstlersozialversicherung finanziell stabilisiert und zukunftsfest gemacht.

Um die Funktionsfähigkeit der Künstlersozialversicherung zu erhalten, wird die Prüfquote bei den Versicherten deutlich erhöht und damit sichergestellt, dass nur Berechtigte in das System einbezogen werden. Dafür soll das tatsächliche Einkommen der vergangenen vier Jahre nachgewiesen werden.

Die möglichst vollständige Erfassung der Unternehmen, die zur Künstlersozialabgabe verpflichtet sind, ist aus verfassungsrechtlichen Gründen der Gleichbehandlung geboten. Durch Überprüfungen soll künftig sichergestellt werden, dass abgabepflichtige Betriebe ihrer Zahlungspflicht nachkommen. Durch die bessere Erfassung soll der Abgabesatz der Verwerter in Zukunft möglichst gering gehalten werden. Für 2007 ist der Abgabesatz auf



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

5,1 Prozent festgelegt.

In der Künstlersozialversicherung sind zurzeit rund 150.000 selbständige Künstler und Publizisten versichert. Die Finanzierung erfolgt zur Hälfte durch die Beiträge der Versicherten, zu 20 Prozent über einen Bundeszuschuss und zu 30 Prozent durch die Künstlersozialabgabe, die bei den kunst- und publizistikverwertenden Unternehmen auf die Honorare an Künstler und Publizisten erhoben wird.

50. JAHRESTAG DER UNTERZEICHNUNG DER RÖMISCHEN VERTRÄGE

Der Bundestag hat am 22. März in einer ausführlichen Debatte die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 50 Jahren gewürdigt. Am 25. März 1957 unterzeichneten sechs europäische Staaten - die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg - in Rom die Römischen Verträge. Das wichtigste Ziel war damals, nach den schmerzlichen Erfahrungen von zwei Weltkriegen, die Zukunft gemeinsam und friedlich zu gestalten. Nach Bildung der Montanunion im Jahr 1950 war die europäische Verteidigungsgemeinschaft, die in eine politische Gemeinschaft eingebettet sein sollte, am Veto der französischen Nationalversammlung zunächst gescheitert. Dennoch wurde das Ziel einer Union weiterverfolgt. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge wurden die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet. Die damit auf den Weg gebrachte Gemeinschaft ist inzwischen zu einer Union von 27 europäischen Staaten angewachsen.

Für diese 27 Staaten werden die institutionellen Grundlagen des jetzt gültigen Vertrages von Nizza als nicht ausreichend leistungsfähig angesehen. Aus diesem Grund haben die Mitgliedstaaten am 29. Oktober 2004, ebenfalls in Rom, einen Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) unterzeichnet. Dieser ist bislang nicht ratifiziert.

Festakt in Berlin

Aus Anlass dieses 50. Jahrestages trafen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und die Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments am Wochenende des 25. März 2007 zu einem Festakt in Berlin. Gemeinsam haben sie dort die so genannte „Berliner Erklärung“ abgegeben. Diese



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Erklärung würdigt die wichtigsten Leistungen der Europäischen Union und stellt deren prägenden Werte dar. Die auf diesen Werten gründenden gemeinsamen politischen Ziele werden benannt. Es wird darin auch der Weg skizziert, wie sich Europa auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet. Aus der Erklärung soll eine Selbstverpflichtung der Staats- und Regierungschefs erwachsen, sich für eine positive Fortentwicklung der Gemeinschaft einzusetzen, insbesondere ihrer vertraglichen Grundlagen.

Europa in Berlin

Rund um den Reichstag und Unter den Linden fand an dem Wochenende ein Volksfest statt. Ich hatte Gelegenheit beim Tag der Offenen Tür in meinem Fraktionssaal mit Besuchern zu diskutieren. Und – ich konnte auch Europa in Berlin kennen lernen. Eine Gruppe europäischer Journalisten war auf Einladung des Auswärtigen Amts in der Europäischen Akademie zu Besuch und konnte das Europa-Wochenende in Berlin erleben. Und eine Gruppe norwegischer Journalistenschülerinnen und –schüler diskutierten mit mir im Bundestag.

Gerne möchte ich aus der E-Mail des Leiters der Gruppe zitieren:

„Nach einer Woche in Berlin sind die Studenten wieder zurück in der Norwegischen Fachhochschule in Oslo. Die melden alle, daß die Reise einen außergewöhnlichen Erfolg war. Wir sind sehr Dankbar, daß Sie dazu beigetragen haben. Das Gespräch mit Frau Merkel hat mehrere Ideen und Artikeln gegeben.“

In Juni bekommen die Studenten das Diplom und werden Journalisten in norwegischen Zeitungen, im Fernsehen und in Organisationen. Alle sind der Meinung, Berlin ist noch eine Reise wert. Ich glaube, es gibt jetzt 20 neue Freunde von Berlin.“

Und nicht zuletzt: Für eine Reportage des Blickpunkt Bundestages wurden Bundestagsabgeordnete mit in Berlin lebenden und heimisch gewordenen Europäern zusammengebracht. Ich hatte die Gelegenheit eine italienische Tanzlehrerin zu treffen – so funktioniert Europa eben auch! Und gerade so! – Mehr dazu im nächsten Newsletter!



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Aus dem Wahlkreis und aus Berlin

UNTER UNS FRAUEN

... diskutieren wir in der **GOETHE80** über Themen, die uns am Herzen lagen. Monika Thiemen, unsere Bezirksbürgermeisterin, Dr. Marianne Suhr, Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf und Constanze Röder, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion der BVV standen gemeinsam mit mir interessierten Frauen Rede und Antwort. Themen waren zum Beispiel Schutz vor Scientology oder das geplante Riesenrad am Zoo.

FRAKTION VOR ORT – FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR GESUNDHEITSREFORM AM 28. MÄRZ 2007

Rund 250 Berlinerinnen und Berliner folgten der Einladung meiner Kollegin Mechthild Rawert und mir, und kamen in den Reichstag, um der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Marion Caspers-Merk, ihre Fragen zur Gesundheitsreform zu stellen. Im Vordergrund standen dabei die Änderungen gerade uns Patientinnen und Patienten betreffend – aber auch Fragen zu den Krankenkassen und den Strukturreformen wurden von Marion Caspers-Merk kompetent und engagiert beantwortet. Zum Abschluss der Veranstaltung konnten die Teilnehmer noch von der Kuppel des Reichstages einen Blick auf das abendliche Berlin werfen.

Den Vortrag von Marion Caspers-Merk finden Sie übrigens auf meiner Homepage unter „Aktuelles“.

FAMILIENFÜHRUNG MIT ANE

Immer wieder sehr gut besucht und mit vielen neuen interessierten Familien fand am Sonnabend, den 31. März, die Familienführung statt, die ich gemeinsam mit ANE (dem Arbeitskreis Neue Erziehung) regelmäßig organisiere. 30 Erwachsene und 40 Kinder



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

wurden zunächst von mir durch das Reichstagsgebäude geführt. Anschließend ging es in den Saal der SPD-Bundestagsfraktion, in dem zunächst ein vorösterliches Eiersuchen stattfand, aber dann die kleinen und großen Besucher zahlreiche Fragen an mich stellten. Von „Wie viel Regeln macht der Bundestag?“ bis zum „Warum gibt es Länder?“ reichte dabei das Spektrum der Fragen.

Bereits zum fünften Mal fand diese Familienführung statt, die auf der Idee beruht, Familien mit Kindern auf ganz entspannte und doch informative Weise durch den Bundestag zu führen. Mütter und Väter können so gemeinsam mit ihren Kindern Kultur, Geschichte und Politik auf eine unterhaltsame und kindgerechte Weise erfahren. Gerade auch für Familien mit Kleinstkindern ist es so möglich, den Reichstag ohne Hektik und Stress zu besichtigen.

Dies und das

GIRLS'DAY 2007 IM BUNDESTAG – POLITIK HAUTNAH ERLEBEN

Am Donnerstag, den 26. April 2007, findet zum siebten Mal bundesweit der "Girls'Day - Mädchen-Zukunftstag" statt. An dem Tag öffnen zahlreiche Betriebe, Unternehmen und Organisationen ihre Türen, um Mädchen ab der 5. Klasse einen Einblick in technische oder naturwissenschaftliche Berufe zu geben oder ihnen die Gelegenheit zu ermöglichen Frauen in Führungspositionen kennen zu lernen.

Ich nehme bereits zum fünften Mal am Girls'Day teil und biete auch in diesem Jahr wieder sechs Mädchen die Gelegenheit, hautnah einen Einblick in die Bundespolitik zu erhalten. Die jungen Mädchen begleiten mich einen Tag lang und können mir bei meiner Arbeit über die Schulter schauen.

Junge Mädchen ab der 5. Klasse, die Interesse daran haben, meinen Arbeitsalltag als Bundestagsabgeordnete einmal kennen zu lernen, melden sich bitte unter Angabe folgender Daten:



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorname, Name, Adresse, Geburtsdatum, Name der Schule und Klassenstufe
per E-Mail petra.merkel@wk.bundestag.de oder per Post an
Petra Merkel, MdB (SPD)
Deutscher Bundestag,
11011 Berlin.

Weitere Informationen rund um den Girls'Day sind zu finden unter www.girls-day.de.

GESETZLICHE UND ANDERE NEUREGELUNGEN ZUM 1. APRIL 2007

Am 1. April tritt wieder eine Reihe von Neuregelungen in Kraft. Die Wichtigste ist wohl die Gesundheitsreform. Außerdem kann die Nachrüstung von Diesel-Pkw mit Russfiltern steuerlich geltend gemacht werden. ...

Weitere hierzu finden Sie unter:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,35671,00.html

Zur **Gesundheitsreform** gibt es beim Bundesgesundheitsministerium zahlreiche Informationsangebote.

Angefangen vom **Internetportal**, auf dem Sie umfangreiche Informationen zur Gesundheitsreform finden <http://www.die-gesundheitsreform.de>

über die **Gesundheitspolitischen Informationen**. Diese kostenlose Publikation informiert alle zwei Monate zu Themen aus dem Bereichen Gesundheit, Pflege und Prävention und wird Ihnen per Post zugeschickt. Bestellungen sind unter:

<http://www.bmg-gpi.de> möglich.

Bürgertelefon

Die (kostenpflichtigen) Beratungstelefone des Bundesministeriums für Gesundheit erreichen Sie von Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr, am Freitag von 8 bis 12 Uhr unter folgenden Nummern:

Bürgertelefon zum Versicherungsschutz:

- 01805 - 99 66 01



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bürgertelefon zur gesetzlichen Krankenversicherung:

- 01805 - 99 66 02

Bürgertelefon zur Pflegeversicherung:

- 01805 - 99 66 03

Bürgertelefon zur gesundheitlichen Prävention:

- 01805 - 99 66 09

Beratungsservice für Gehörlose und Hörgeschädigte:

- Schreibtelefon: 01805 - 99 66 07
Fax: 01805 - 99 66 08
E-Mail: info.deaf@bmg.bund.de
info.gehoerlos@bmg.bund.de

Die Gebühr beträgt 14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz.

DELEGATIONSREISE NACH SÜDAFRIKA

Warum fährt ein Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung nach Südafrika? Wir sind als Ausschussmitglieder für wesentliche Elemente unserer Demokratie zuständig und gerade deshalb wollten wir uns informieren, wie die Demokratie in Südafrika gewachsen ist. Deshalb reiste ich gemeinsam mit Kollegen des Ausschusses im März für eine Woche nach Südafrika.

Die ersten demokratischen Wahlen fanden nach dem Ende der Apartheid 1994 statt, zu einer Zeit, als Deutschland mit der Wiedervereinigung beschäftigt war. Für mich bleibt diese Zeit mit ihrer Aufbruchstimmung gegenwärtig: In Deutschland war die Mauer gefallen, in Europa der Eiserne Vorhang und dazu kam in Südafrika das Ende der Apartheid mit dem ersten Regierungspräsidenten Nelson Mandela!

Zusammen mit der Deutschen Botschaft wurde für unsere Delegation des Deutschen Bundestages ein anspruchsvolles Programm zusammengestellt mit vielen Gesprächen, Begegnungen und einem intensiven Austausch von Erfahrungen.

Gerade dieser Austausch und die zahlreichen Begegnungen werden in den politischen



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Alltag einfließen. Südafrika hat mich gefangen genommen. Mit seinen vielen Millionen Menschen, die in Townships am Rande der Städte und der Gesellschaft leben. Mit Millionen Menschen, die HIV-infiziert sind und nur eine Chance haben, wenn ärztliche Versorgung und erschwingliche Medikamente zur Verfügung stehen. Mit einem Parlament, dass weit ab von der Regierung arbeitet (das Parlament sitzt in Kapstadt, die Regierung in Pretoria 1.600 km entfernt) und dass die parlamentarische Kontrolle auch gegenüber der eigenen Regierung erlernen muss.

Ein Land mit einer unglaublichen Diskrepanz zwischen Arm und Reich. Ein Land, das nach der Apartheid zwischen schwarzer, farbiger und weißer Bevölkerung unterscheidet und mit Quoten den Anteil der schwarzen Bevölkerung in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gruppen erhöhen will.

Eine Regierung, die seit dem Ende der Apartheid von der ehemaligen Anti-Apartheidsbewegung African National Congress (ANC) gestellt wird. Bei den Wahlen von 2004 erhielt der ANC 69,7 % aller Stimmen, zweitstärkste und wichtigste Oppositionspartei ist die Democratic Alliance, die aber nur einen Stimmenanteil von 12,4 % hat. Die New National Party, die als frühere hauptsächlich burische National Party das Apartheid-System einführte und jahrzehntelang die Staats- und Regierungschefs stellte, verlor seit 1994 immer weiter an Bedeutung und löste sich schließlich am 9. April 2005 auf. Der derzeitige Staats- und Regierungschef Thabo Mbeki ist, wie sein Vorgänger Nelson Mandela, Angehöriger des ANC.

Den ausführlichen Bericht über meine Reise finden Sie auf meiner Homepage unter:

<http://www.petra-merkel.de/meine-arbeit/-im-bundestag/delegationsreisen/suedafrika-2007/>



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Termine

TANZ IN DEN MAI

Auch in diesem Jahr laden die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel und der Kreisvorsitzende der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Christian Gaebler, Sie, Ihre Familie, Freunde, Bekannte und Nachbarn wieder herzlich ein, mit uns in den Mai zu tanzen.

Am Montag, den 30. April 2007,

Einlass: ab 19.00 Uhr, Beginn: 19.30 Uhr,

im **San Marino,**

Prager Platz 1-3, 10779 Berlin.

Die Karten kosten 13,- € pro Person und beinhalten ein „Spezial-Tanz-in-den-Mai-Menü“*) und Musik.

Die Eintrittskarten erhalten Sie

im Vorverkauf im Wahlkreisbüro/SPD-Bürgerbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin

an der Abendkasse am 30. April 2007, ab 19.00 Uhr:

Auch „Tanzmüde“ werden einen unterhaltsamen Abend erleben!

Wir freuen uns auf Sie!

*) Die „Spezial-Tanz-in-den-Mai-Menüs“ beinhalten mehrere Gänge und es kann zwischen verschiedenen Gerichten gewählt werden. Dafür ist eine verbindliche Vorbestellung bis zum 25. April erforderlich. Kurzentschlossene erhalten am Abend des 30. April Eintrittskarten zum Preis von 13,- €, darin enthalten ist ein Gutschein im Wert von 10,- € für das Essen à la Carte.

Bei Nachfragen melden Sie sich bitte im Wahlkreisbüro von Petra Merkel unter der Telefonnummer 313 88 82.



Petra Merkel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG IN DER GOETHE 80

"KUBUS e.V. – Langzeitarbeitslose „machen“ Theater"

Die nächste Ausstellung in der Goethe80 widmet sich der Arbeit von KUBUS e.V., einem Verein, der Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zurückführt. In den zehn Berliner Werkstatt- und Beschäftigungszentren werden u. a. Bühnenbilder, Kostüme und Requisiten für Theater AGs von Berliner Schulen hergestellt. Für die Ludwig-Cauer-Grundschule hat KUBUS e.V. z.B. die Ausstattung des Musicals „Das Geheimnis der kleinen Insel“ übernommen.

Am **Freitag, den 27. April 2007, von 15.00 bis 18.00 Uhr**, findet die Eröffnung der Ausstellung im Wahlkreisbüro, der **GOETHE80**, Goethestraße 80, 10623 Berlin, statt.

Das Musical „**Das Geheimnis der kleinen Insel**“ wird um **15.30 Uhr** und **16.30 Uhr** im **Foyer der Mensa der Friedensburg-Oberschule** (Goethestr. 8-9, gegenüber vom Wahlkreisbüro) von **Schülerinnen und Schülern der Ludwig-Cauer-Grundschule** aufgeführt.

Musik: „**Koma**“ **Lüderitz**, Gründungsmitglied der Berliner Kultband **17 HIPPIES**.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Die nächste Bürgersprechstunde findet am 4. Mai 2007 von 15.00 bis 17.00 Uhr im Wahlkreisbüro, Goethe80, statt. Bitte melden Sie sich, wenn Sie Interesse an einem Termin haben telefonisch unter 313 88 82.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostern!

Ihr Petra Merkel